



Bericht zur Situation der gemeindenahen Psychiatrie

Westerwaldkreis schreibt Psychiatriebericht fort

Alle fünf Jahre schreibt die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises den Bericht zur Situation der gemeindenahen Psychiatrie im Westerwaldkreis fort.

Zuletzt wurde der Psychiatriebericht 2015 weitergeführt und konnte nun für das Jahr 2020 dem Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Gesundheit vorgelegt werden.

„Wir nehmen das Thema der psychischen Erkrankungen sehr ernst“, betont Stefanie Moch, Koordinierungsstelle für Gemeindepsychiatrie der Kreisverwaltung. „Auch hier im Westerwaldkreis ist eine Steigerung der Erkrankungs- und

Behandlungsraten zu verzeichnen. Wir sind daher froh, den Psychiatriebericht nun allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf der Internetseite der Kreisverwaltung präsentieren zu können.“

Der Bericht beinhaltet Informationen über die allgemeine Entwicklung psychischer Erkrankungen im Westerwaldkreis sowie über Beratungsmöglichkeiten. Weiterhin wird die fachärztliche und psychotherapeutische Versorgung beleuchtet und Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit einer seelischen Behinderung aufgeführt. Am Ende des Berichts wird ein Ausblick auf die sich

verändernden Bedarfslagen der betroffenen Menschen gegeben.

Erstmals werden auch die Auswirkungen der Coronapandemie auf die psychische Gesundheit darin berücksichtigt. Denn laut Bericht hat die Pandemie nicht nur Folgen für die körperliche Gesundheit derer, die an dem Virus erkranken, sondern auch Auswirkungen auf die psychische Gesundheit.

Vor allem Symptome wie Angst, depressive Verstimmungen, Vergesslichkeit, Verwirrtheit und Schlaf-

sowie Stresstörungen sind zu beobachten.

Der Psychiatriebericht kann auf der Internetseite der Kreisverwaltung unter

<https://www.westerwaldkreis.de/hilfen-fuer-psychisch-erkrankte-menschen.html>

eingesehen werden.



Ein Kreis für alle!
Gemeinsam für Menschen mit Behinderung im Westerwaldkreis

Orange Westerwald setzt sichtbares Zeichen in der Region

Nein zu Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen zählt zu einer der meist verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Im Zuge der Corona-Pandemie zeichnet sich weltweit ein Anstieg von häuslicher Gewalt ab. Erstmals in diesem Jahr setzt sich die Initiative „Orange Westerwald“ für die Einhaltung und Stärkung der Menschen- und Frauenrechte anlässlich

des UN-Aktionstags „Nein zu Gewalt gegen Frauen“ ein. Am 24. November wird Romy Stangl als ehemalige Betroffene von häuslicher Gewalt einen Vortrag halten, um so Frauen zu inspirieren und motivieren. Stangl spricht um 16:30 Uhr in den Räumen der Sparkasse Westerwald-Sieg in Montabaur. Die Veranstaltung

ist kostenfrei und findet unter Einhaltung der 2G-Regel statt. Eine Anmeldung per E-Mail ist bis zum 20. November unter gleichstellungsstelle@westerwaldkreis.de erforderlich.

Am 25. November wird der „Runde Tisch gegen Gewalt“ vormittags auf dem Wochenmarkt in Montabaur unter dem Motto „Gewalt kommt

uns nicht in die Tüte“ Brötchen verteilen. Im Anschluss erstrahlen ab 16:30 Uhr verschiedene Objekte im Westerwald in Orange. Die Farbe symbolisiert eine Zukunft ohne Gewalt.

Weitere Informationen finden Sie unter www.westerwaldkreis.de

Workshop ermöglichte intensiven Austausch

LEADER Forum diskutierte über die Zukunft der Region



Die nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum ist in der heutigen Zeit wohl eine der größten Herausforderungen, die es gibt. Hier gilt es, aufgrund der Unterschiedlichkeit der Regionen, mit Kreativität individuelle und bedarfsorientierte Lösungen und Ansätze zu finden. Auf diesem Weg müssen vor allem vielfältige private, ehrenamtliche und öffentliche Akteure mitgenommen und in ihren Projekten und Initiativen unterstützt werden.

LEADER ist eines der fortschrittlichsten und innovativsten Förderprogramme, welche die Europäische Union zur Regionalentwicklung kennt. Grundlage dafür ist die Definition einer sogenannten LEADER-Region, welche im neuen Zuschnitt die sieben Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Hachenburg, Rennerod, Selters, Wallmerod, Westerburg und Wirges umfasst. Das geplante Fördergebiet betrifft somit circa 130.000 Menschen aus dem Westerwaldkreis. Diese Region möchte in der Förderperiode 2023-2029 an ihren Erfolg der letzten 20

Jahre anknüpfen und sich erneut um eine Aufnahme in das Programm bewerben. Für die Anerkennung einer Lokalen Aktionsgruppe (LAG) und ihres Aktionsraumes bei dem Fördermittelgeber ist es notwendig, eine Lokale Integrierte Entwicklungsstrategie (LILE) zu entwerfen. Maßgeblich für die Konzeption der LILE ist eine starke Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aus der Region.

Deshalb ging die LAG gemeinsam mit dem Büro Stadt-Land-plus aus Boppard Buchholz verschiedene Wege der Beteiligung. Nach einer offenen On-

line-Umfrage sowie den darauf folgenden Online-Workshops konnte nun unter Einbeziehung der bisherigen Ergebnisse die drei Handlungsfelder „Starke Gemeinschaften und nachhaltige Siedlungen“, „Natur- und Kulturlandschaften erhalten und nachhaltig entwickeln“ sowie „Tourismus und regionale Wirtschaft stärken“ in einer regen Diskussion im Wirgeser Bürgerhaus weiter konkretisiert werden. Die Ergebnisse der einzelnen Formate werden nun in die LILE integriert. Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der LAG unter: www.leader-westerwald.de.